



TECHNISCHE UNIVERSITÄT  
KAISERSLAUTERN



# CONGRESS REPORT

Entscheidungen und Entscheidungsprozesse der  
Legislative der Vereinigten Staaten von Amerika

Jahrgang 21, No. 3/2006



**abgeschlossen am  
1. April 2006**

	<u>Seite</u>
<b>1. Congress verabschiedet Novelle des <i>Patriot Act</i></b>	<b>1</b>
<b>2. Kontroverse um Reform des Einwanderungsrechts hält an</b>	<b>2</b>
<b>3. Republikaner drängen auf gesetzliche Absicherung umstrittener Abhörpraktiken</b>	<b>3</b>
<b>4. Übernahme des Management von US-Häfen durch <i>DP World</i> gescheitert</b>	<b>4</b>
<b>5. Congress muss über nukleare Kooperation mit Indien entscheiden</b>	<b>5</b>
<b>6. Repräsentantenhaus verabschiedet Ergänzungshaushalt für <i>War on Terrorism</i></b>	<b>6</b>
<b>7. Senat verabschiedet Budget-Resolution 2007</b>	<b>8</b>
<b>8. Senatsausschuss debattiert Antrag auf Parlamentsrüge für Präsident Bush</b>	<b>9</b>



## 1. Congress verabschiedet Novelle des *Patriot Act*

Der Congress hat Anfang März 2006 einen nach mehrmonatigem Tauziehen ausgehandelten Kompromiss zur Novellierung des Sicherheitsgesetzes *Patriot Act* von 2001 mit breiten Mehrheiten verabschiedet.

Präsident Bush unterzeichnete die Novelle sowie ein Begleitgesetz, das die ausgehandelten Korrekturen beinhaltet (vgl. CR 2/2006, S. 1), einen Tag vor dem offiziellen Auslaufen der befristeten Bestimmungen des *Patriot Act*.

Das Repräsentantenhaus, das der Verlängerung des *Patriot Act* bereits im Dezember 2005 zugestimmt hatte (vgl. CR 11-12/2005, S. 1), verabschiedete das Begleitgesetz am 7. März mit 280 gegen 138 Stimmen.

Der Senat hatte die Novelle zuvor mit 89 gegen 10 Stimmen und das Begleitgesetz mit 95 gegen 4 Stimmen angenommen. Wie im Repräsentantenhaus sprach sich nur ein Teil der Fraktion der Demokraten gegen die Annahme aus.

Der erzielte Gesetzeskompromiss schreibt den *Status Quo* in der Terrorbekämpfung weitgehend fest. Während die Bush-Administration und die konservativen Republikaner auf deutliche Ausweitungen der Ermittlungskompetenzen der Sicherheitsbehörden verzichteten, gaben sich die demokratischen wie republikanischen Kritiker des Gesetzes mit kleineren Einschränkungen zufrieden.

Die Novelle sieht vor, dass 14 der 16 befristeten Bestimmungen nun dauerhaft in Kraft treten. Zwei weitere Bestimmungen, nämlich

- die geheime Einsichtnahme in Kunden- und Nutzerunterlagen von Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen wie Bibliotheken sowie
- die personenbezogenen Abhörgenehmigungen, die nicht auf bestimmte Telefonschlüsse begrenzt sind,

sind um weitere sieben Jahre verlängert worden.

Demgegenüber konnten die Kritiker, die auf einen verstärkten Schutz bürgerlicher Freiheitsrechte drängen, im Senat eine Reihe von Kontrollmechanismen im Rahmen des Begleitgesetzes durchsetzen (vgl. CR 2/2006, S. 1).

Obwohl vor allem liberale Demokraten wie die nationalen Bürgerrechtsverbände weitergehende Schutz- und Kontrollmechanismen fordern, zeigt die breite Zustimmung in beiden Kammern, dass der *Post 9/11*-Konsens in Fragen der unmittelbaren Bekämpfung des Terrorismus Bestand hat.

Bemerkenswert ist dabei jedoch, dass nicht nur die Opposition unter den Vorzeichen der näher rückenden Congress-Wahlen im November 2006 einlenkte, sondern sich

auch die Administration und die republikanischen Parteiführungen bemüht zeigten, das Thema aus den Wahlkämpfen heraus zu halten.

## **2. Kontroverse um Reform des Einwanderungsrechts hält an**

Der Senat hat Ende März 2006 mit der Debatte zweier konkurrierender Gesetzentwürfe zur Reform des Aufenthalts- und Einwanderungsrechts begonnen, die den tief greifenden Dissens in der republikanischen Fraktion um das große Wahlkampfthema der illegalen Arbeitsmigration manifest zu Tage treten lassen.

Während die von *Majority Leader* Bill Frist (R-Tenn.) eingebrachte Vorlage die harte Linie des konservativen *Mainstream* der Partei repräsentiert, findet der Gesetzentwurf des Vorsitzenden des Justizausschusses, Arlen Specter (R-Pa.), nicht nur bei gemäßigt konservativen Republikanern wie der Bush-Administration Unterstützung, sondern auch auf Seiten der oppositionellen Demokraten.

Frist's Initiative greift die Vorstellungen der bereits im Dezember 2005 von der republikanischen Mehrheit im Repräsentantenhaus durchgesetzten Gesetzesvorlage auf, die dem Problem der illegalen Zuwanderung aus Mexiko wie anderen südamerikanischen Staaten allein mit einer Verschärfung von Strafen und Grenzkontrollen begegnen will.

Specter's Konzept kombiniert demgegenüber eine Verstärkung der Grenzsicherung mit zusätzlichen Optionen zur Legalisierung nicht genehmigter Arbeitsverhältnisse und einer Aufstockung des Kontingents begrenzter Aufenthaltsgenehmigungen.

Insbesondere die Option für illegal in den USA arbeitende Ausländer, die nach der Zahlung einer Strafgebühr eine Arbeitserlaubnis in Aussicht stellt und langfristig eine Wiedereingliederung in den regulären Antragsprozess für die US-Staatsbürgerschaft eröffnet, trifft auf scharfe Kritik konservativer Republikaner.

Für sie kommt die Legalisierungsoption einer „Amnestie“ und damit Belohnung der illegalen Arbeitsmigration gleich. In der Folge, so die Argumentation, drohe eine Verschärfung des Problems.

Die Befürworter einer kombinierten Lösungsstrategie halten dagegen, dass verstärkte Grenzkontrollen allein das Problem kaum lösen und den Bedarf an Saison- und Niedriglohn-Arbeitskräften vor allem im Dienstleistungsbereich ignorieren. Drastische Einschränkungen der Arbeitsmigration ohne eine Aufstockung von Gastarbeiter-Visa sehen sie als ernsthafte Gefährdung des Wachstumspotenzials der US-Wirtschaft.

Die Vertreter von ethnischen Minderheiten und Bürgerrechts-Aktivisten beklagen zudem, dass eine verschärfte Kriminalisierung von illegaler Migration am Kern des Problems der Armutsmigration vorbeigeht und den Status von Migranten ohne Aufenthaltserlaubnis weiter drastisch verschlechtert.

Der Justizausschuss hat Specters Vorlage mit einem positiven Votum von 12 gegen 6 an das Plenum überwiesen. 4 Republikaner stimmten dabei mit der demokratischen Minderheit für die Weiterleitung. Dies deutet an, dass der auch von Präsident Bush öffentlich favorisierte Ansatz (vgl. CR 1/2006, S. 10) gute Chancen auf Annahme im Senat hat.

Fraglich ist jedoch, ob die republikanische Mehrheit im Repräsentantenhaus die gegebenenfalls erforderlichen Kompromissverhandlungen zwischen den Kammern akzeptiert.

Für konservative Republikaner bietet die harte Haltung in der Immigrationsfrage eine Chance, nicht nur gegenüber der eigenen Parteibasis zu punkten, sondern greift auch die sichtlich wachsende Besorgnis breiterer Wählergruppen auf.

### **3. Republikaner drängen auf gesetzliche Absicherung umstrittener Abhörpraktiken**

Eine Gruppe von vier republikanischen Senatoren hat Anfang März 2006 in direkten Verhandlungen mit Spitzenvertretern der Administration einen Kompromissvorschlag ausgehandelt, der ein von Präsident Bush genehmigtes, aber umstrittenes Abhörprogramm der *National Security Agency* (NSA) gesetzlich absichern und unter die Kontrolle des Congress wie der Justiz bringen soll (vgl. CR 2/2006, S. 6; siehe auch Punkt 8).

Die Senatoren Mike DeWine (Ohio), Lindsey O. Graham (S.C.), Chuck Hagel (Neb.) und Olympia J. Snowe (Maine), die politisch das gesamte Spektrum der Republikanischen Partei abdecken, bewegten in Gesprächen mit Vizepräsident Dick Cheney, der Rechtsberaterin des Präsidenten, *White House Counsel* Harriet Myers, sowie dem Nationalen Sicherheitsberater, Stephen J. Hadley, die Administration zum Einlenken.

Das Konzept der Senatorengruppe will den Sicherheitsdiensten eine 45-Tage-Frist ohne gerichtliche Genehmigungen für Abhöraktionen gegen Personen einräumen, die der Unterstützung terroristischer Gruppen verdächtigt werden.

Im Gegenzug müssen die Sicherheitsdienste jedoch nach 45 Tagen eine Genehmigung des hierfür unter dem *Foreign Intelligence Surveillance Act* (FISA) von 1978 eingerichteten Sondergerichts erwirken. Wird die Abhöraktion vor Ablauf der Frist beendet, muss der Justizminister die Gründe für die Einleitung wie die Einstellung der Überwachung schriftlich benennen.

Von Seiten des Congress soll das Abhörprogramm von einem neu einzurichtenden Unterausschuss der Geheimdienstausschüsse beider Kammern, der über die Praktiken im Detail informiert werden soll, überwacht werden.

Ungeachtet der substanziellen Zugeständnisse der Administration, die im „Krieg gegen den internationalen Terrorismus“ weitgehende Sondervollmachten beansprucht, ist der Gesetzgebungsvorstoß von DeWine (Ohio), Lindsey (S.C.), Hagel (Neb.) und Snowe (Maine) nicht nur bei der demokratischen Opposition, sondern auch unter republikanischen Kritikern geheimer Abhörpraktiken auf merkliche Vorbehalte gestoßen.

Der Vorsitzende des Justizausschusses im Senat, Arlen Specter (R-Pa.), forderte wie der Vorsitzende des Geheimdienstausschusses der Kammer, Pat Roberts (R-Kan.), der generell das Vorgehen der Administration verteidigt, vor einer eventuellen rechtlichen Regelung eine genauere Prüfung der Abhörpraktiken.

Während das Einlenken der um eine Beilegung des Konflikts bemühten Administration gegenüber dem Congress bemerkenswert ist, stellt sich weiterhin die Frage, inwieweit ein solches, auf individuelle Überwachungsaktionen zielendes Gesetz die Problematik flächendeckender *Data Mining*-Programme, die auf die Auswertung großer Datenmengen zunächst ohne Rücksicht auf Einzelpersonen setzen, auffangen kann.

#### **4. Übernahme des Management von US-Häfen durch *DP World* gescheitert**

Der breite und massive Widerstand im Congress hat die Firma *Dubai Ports (DP) World*, die ihren Stammsitz in den Vereinigten Arabischen Emiraten hat, dazu gezwungen, auf die geplante Übernahme des Management von sechs Container-Terminals in den USA (Baltimore, Miami, New Jersey, New Orleans, New York und Philadelphia) zu verzichten (Vgl. CR 2/2006, S. 8).

Präsident Bush hatte die Übernahme befürwortet und sogar sein Veto gegen eine Blockade durch den Congress angedroht, ohne sich allerdings durchsetzen zu können, so dass sich *DP World* gut drei Wochen nach der öffentlichen Bekanntgabe der geplanten Übernahme am 9. März 2006 offiziell von dem Geschäft zurückzog.

Die Spitzen der republikanischen Mehrheitsfraktionen in beiden Kammern des Congress hatten dem Präsidenten bei einem Treffen im Weißen Haus am gleichen Tag unmissverständlich signalisiert, dass sie zu einem Kräftemessen bereit waren, falls Bush auf seiner Unterstützung der geplanten Übernahme der Container-Terminals durch *Dubai Ports World* beharren sollte.

Große Teile der Republikaner befürchteten genauso wie Demokraten eine Beeinträchtigung der Sicherheit jener Container-Häfen, deren Management *DP World* für 6,8 Mrd. USD von der britischen Firma *Oriental Steam Navigation* übernehmen wollte.

Zwei Tage zuvor am 7. März 2006 hatte sich das *House Appropriations Committee* unter Führung seines republikanischen Vorsitzenden Jerry Lewis (Calif.) im Rahmen der Bewilligung der *Fiscal Year 2006 Defense Supplemental Bill* (vgl. Punkt 6) mit der überwältigenden Mehrheit von 62 Stimmen gegen die Übernahmepläne ausgespro-



chen. Nur der Republikaner Jim Kolbe (Ariz.) und der Demokrat James P. Moran (Va.) hatten die Position des Präsidenten unterstützt.

Damit war klar, dass Bush politisch isoliert war, zumal auch im Senat der Widerstand anschwellte. Dort hatte der Demokrat Charles E. Schumer (N.Y.) einen entsprechenden Blockadezusatz im Rahmen einer geplanten Lobbying-Reform eingebracht. Der Versuch, ein angedrohtes *Filibuster* zu stoppen, scheiterte mit 51:47 Stimmen.

Nach der Geschäftsordnung des Senats bedarf es einer Dreifünftel-Mehrheit (60 Stimmen) für den Stopp eines *Filibuster*. Tatsächlich sprachen sich aber nur 51 Republikaner für ein solches *Cloture* aus, während 43 Demokraten, 3 Republikaner und ein unabhängiger Senator dagegen stimmten. *Majority Leader* Bill Frist (Tenn.) hatte sich nicht durchsetzen können und eine empfindliche politische Niederlage Bushs zeichnete sich ab.

Bush warnte vor der politischen Botschaft, die mit der Blockade durch den Congress gegenüber „unseren Freunden und Alliierten rund um die Welt, insbesondere im Mittleren Osten“ verbunden sei. Schließlich hätten sich die Vereinigten Arabischen Emirate, in denen DP World seinen Stammsitz hat, als zuverlässiger Verbündeter im Kampf gegen den internationalen Terrorismus erwiesen.

Die Kritiker im Congress sprachen dagegen von einem Ausverkauf nationaler Interessen. Die Vorsitzende des *Homeland Security and Governmental Affairs Committee* im Senat, Susan Collins (R-Maine), kündigte in diesem Zusammenhang eine Gesetzesinitiative an, in deren Rahmen jährlich 835 Mio. USD für die Sicherheit der US-Häfen bereit gestellt werden sollen. Auch die Demokraten wollten das Thema weiter verfolgen und warfen der Bush-Administration „Inkompetenz“ vor. Es bleibt abzuwarten, ob sie das Thema im Vorfeld der Novemberwahlen 2006 erneut aufgreifen werden. Hillary Rodham Clinton (D-N.Y.) hat angekündigt, dass sie im Senat auf ein generelles Verbot der Übernahme von US-Häfen durch ausländische Firmenkonsortien drängen will.

## **5. Congress muss über nukleare Kooperation mit Indien entscheiden**

Im Rahmen der von Präsident Bush bei seinem Besuch in Neu-Delhi am 2. März 2006 vereinbarten nuklearen Kooperation mit Indien muss der Congress nun einer Änderung des *Atomic Energy Act* von 1954 (42 U.S. Code, Section 2011-2259) zustimmen, welcher den Export von Nukleartechnologie (auch zur friedlichen Nutzung) beschränkt (vgl. CR 9/2005, S. 8).

Bush hat dazu am 16. März 2006 eine entsprechende Gesetzesvorlage im Congress eingebracht. Die USA und Indien wollen in Zukunft bei der zivilen Nutzung der Kernenergie zusammenarbeiten, wobei die Regierung in Neu-Delhi ihr ziviles Atomprogramm im Rahmen der getroffenen Vereinbarung einer Kontrolle durch die Internatio-

nale Atomenergiebehörde (IAEO) in Wien unterwirft.

Die indische Regierung hat den Atomwaffensperrvertrag (NVV) und den umfassenden nuklearen Teststoppvertrag (CTBT) nicht unterzeichnet und 1998 gleich mehrere Kernwaffentests vorgenommen. Derzeit verfügt sie nach westlichen Schätzungen über etwa 40-50 Atomwaffen. Kritiker werfen ihr vor, den Iran bei der Entwicklung seines atomaren Waffenprogramms unterstützt zu haben.

In den USA begrüßt insbesondere die *Business Community* die nukleare Kooperation mit Indien, die eine *Coalition for Partnership with India* ins Leben gerufen hat und sich Milliardenaufträge erhofft. Schätzungen zufolge soll das Auftragsvolumen für die Zusammenarbeit im Bereich der friedlichen Nutzung der Kernenergie bei etwa 200 Mrd. USD liegen.

Kritiker im Congress weisen darauf hin, dass es bei der zivilen nuklearen Kooperation mit Indien allerdings nicht nur um außenwirtschaftliche, sondern auch um massive sicherheitspolitische Überlegungen geht. Schließlich haben sich die USA den Kampf gegen die nukleare Proliferation auf die Fahnen geschrieben und sollten deshalb ein Interesse daran haben, die mit dem Atomwaffensperrvertrag verbundenen Normen zu stärken. Stattdessen legitimieren sie ex post das Verhalten eines Staates, der sich an diese Normen bisher nicht gebunden fühlte und dem NVV nicht beigetreten ist.

Befürworter wenden gegen derartige Argumente ein, dass Indiens Atomwaffenprogramm irreversibel ist und sich die Regierung in Neu-Delhi als verlässlicher Partner im Kampf gegen den internationalen Terrorismus erwiesen hat. Außerdem würden die US-amerikanischen Bemühungen um Non-Proliferation durch das Inspektionsregime gestärkt, dem sich Indien im Rahmen der IAEO unterworfen hat.

Die *Chamber of Commerce* hat die Lobbying-Firma „Patton Boggs“ damit beauftragt, die Mitglieder des Congress davon zu überzeugen, dass es bei der nuklearen Kooperation mit Indien nicht nur um Profit-, sondern auch um Sicherheitsüberlegungen geht.

## **6. Repräsentantenhaus verabschiedet Ergänzungshaushalt für *War on Terrorism***

Das Repräsentantenhaus hat sich am 16. März 2006 mit der großen Mehrheit von 348:71 Stimmen für einen von Präsident Bush verlangten Ergänzungshaushalt für das laufende Haushaltsjahr 2006 (*House Resolution 4939; House Report 109-388*) in Höhe von insgesamt 92,2 Mrd. USD ausgesprochen (vgl. CR 2/2006, S. 2).

Die zusätzliche Haushaltsbewilligung soll u.a. eingesetzt werden für

- die Deckung der laufenden Kosten der Militärinterventionen im Irak und in Afghanistan (67,6 Mrd. USD);

- die fortgesetzte Katastrophenhilfe in Folge des Wirbelsturmes Katrina (vgl. CR 9/2005, S. 1) im August 2005 (19,2 Mrd. USD).

Zuvor hatte das Repräsentantenhaus über eine Reihe von Zusätzen zum Ergänzungshaushalt entschieden, die umstritten waren. Fiskalkonservative Republikaner wollten die zusätzliche Budgetbewilligung für die Truppeneinsätze im Irak und in Afghanistan an Kürzungen der laufenden Ausgaben in anderen Bereichen des Bundeshaushalts koppeln.

Eine entsprechende Initiative des Republikaners Jeb Hensarling (Texas) scheiterte jedoch am Widerstand der republikanischen Führung des Repräsentantenhauses, welche den Vorstoß der Fiskalkonservativen blockierte.

Ein weiterer Versuch des ebenfalls fiskalkonservativen Republikaners Randy Neugebauer (Texas), der darauf abzielte, die Ergänzungsbewilligungsvorlage in zwei Vorlagen zu spalten, scheiterte im Repräsentantenhaus mit 89:332 Stimmen. Neugebauer wollte über die Katastrophenhilfe für die Flutopfer des Hurrikan Katrina und die Mittel für die Militäreinsätze im Irak und Afghanistan getrennt abstimmen lassen. Schließlich, so der Republikaner, habe selbst der Präsident erkannt, dass es sich hierbei um zwei sehr unterschiedliche Haushaltstöpfe handele. Bush hatte ursprünglich zwei getrennte Bewilligungsvorlagen eingebracht, die das *House Appropriations Committee* in einer Vorlage zusammengefasst hatte, um den Entscheidungsprozess zu beschleunigen und kontroverse Diskussionen zu vermeiden.

Nach dem Hensarling und Neugebauer mit ihren Vorstößen gescheitert waren, stimmten am Ende 19 Republikaner (und 52 Demokraten) gegen die Vorlage des Präsidenten. Zum Vergleich: Im Vorjahr hatten 3 Republikaner (und 40 Demokraten) gegen einen entsprechenden Ergänzungshaushalt für die Militäroperationen in Afghanistan und im Irak gestimmt.

Das Pentagon hatte erklärt, dass die vom Congress bewilligten Mittel für die Truppen im Irak und Afghanistan im Mai 2006 erschöpft sein werden. Pro Monat geht das US-Verteidigungsministerium allein für die Militärintervention im Irak derzeit von laufenden Kosten von mindestens 5,3 Mrd. USD aus. Damit würden die zur Bewilligung anstehenden Zusatzmittel spätestens im Mai 2007 erschöpft sein.

Bisher hat der Kongress dem Pentagon für den „War on Terrorism“ insgesamt mehr als 390 Mrd. USD zur Verfügung gestellt. Seit März 2003 sind im Irak nach offiziellen Angaben mehr als 2.300 US-Soldaten gefallen und mehr als 17.000 verletzt worden, so dass in der innenpolitischen Diskussion bereits die Rede von einem „Irak-Syndrom“ (John Mueller) umgeht. Bereits Anfang des Jahres 2005, damals waren etwa 1.500 US-Soldaten im Irak gefallen, bezeichnete die Hälfte der Befragten der breiten Öffentlichkeit in den USA den Irak-Krieg als einen Fehler (vgl. auch CR 12/2005, S. 4).

Im Senat steht eine Entscheidung über den Ergänzungshaushalt noch aus. Sie soll dem Vernehmen nach Anfang April 2006 fallen.

## 7. Senat verabschiedet Budget-Resolution 2007

Der Senat hat am 16. März 2006 seine Vorlage zur Budget-Resolution 2007 (*Senate Concurrent Resolution 83*) mit der knappen Mehrheit von 51:49 Stimmen verabschiedet.

Die Senatsvorlage

- sieht Gesamtausgaben der amerikanischen Bundesregierung im Haushaltsjahr 2007, das rechnungstechnisch am 1. Oktober 2006 beginnt, in Höhe von fast 2,8 Billionen USD vor. Die Gesamtausgaben sollen 17 Mrd. USD über dem Haushaltsentwurf Präsident Bushs liegen, was nicht im Haushaltsbüro des Weißen Hauses, sondern auch bei den fiskalkonservativen Republikanern im Repräsentantenhaus auf Widerstand stoßen dürfte.

Die Budget-Resolution steht am Anfang des jährlichen Haushaltsberatungsprozesses durch den Congress und steckt den groben Finanzrahmen für die Arbeit der Bewilligungsausschüsse beider Kammern und die längerfristigen haushaltspolitischen Prioritäten ab.

Die Empfehlungen der Budget-Resolution beziehen sich auf das so genannte „discretionary spending“ in den drei Ausgabenfeldern Inlands-, Auslands- und Rüstungsprogramme. Diesen Bereichen, über deren Zuweisung der Congress variabel entscheiden kann, steht das so genannte „mandatory spending“ gegenüber. Hier sind die Entscheidungsspielräume des Congress aufgrund vorhandener Rechtsansprüche im Wege von „entitlements“ in den Ausgabenfeldern Sozialversicherung, Krankenversicherung für Senioren und einkommensschwache Amerikaner sowie Schuldentilgung stark eingeschränkt. Die Ausgaben im Bereich des „mandatory spending“ machen derzeit fast Zweidrittel des US-amerikanischen Bundeshaushalts aus.

Besonders umstritten im Rahmen der Senatsdebatte um die Budget-Resolution 2007 waren vor allem zwei Zusätze.

Der eine sieht staatliche Hilfen zu den steigenden Energiekosten für einkommensschwache Amerikaner („Low Income Home Energy Assistance Program“) vor. Er wurde von Senator Jack Reed (D-R.I.) eingebracht, hat einen Gesamtumfang von 3,3 Mrd. USD und wurde nach mehrtägiger Debatte schlussendlich mit 51:49 Stimmen angenommen.

Der andere öffnet das unter Naturschutz stehende *Alaska Arctic National Wildlife Refuge* für die Erdöl- und Erdgasexploration und wurde nach erbitterter Debatte ebenfalls mit der sehr knappen Mehrheit von 51:49 Stimmen verabschiedet.

Am Tag der Verabschiedung der Budget-Resolution 2007 stimmte der Senat in einer weiteren Entscheidung auch der Erhöhung der Schuldengrenze des Bundes (*House Joint Resolution 47*) zu. Sie wurde um 781 Mrd. USD angehoben, liegt jetzt bei 8,965

Billionen USD und stellt die vierte Erhöhung der Schuldengrenze seit der Amtsübernahme durch Präsident George W. Bush dar.

## 8. Senatsausschuss debattiert Antrag auf Parlamentsrüge für Präsident Bush

Senator Russell Feingold (D-Wis.) hat Mitte März 2005 einen Resolutionsentwurf eingebracht, der darauf zielt, Präsident Bush wegen der Anordnung eines geheimen Abhörprogramms ohne gerichtliche Genehmigungen eine offizielle Rüge des Parlaments zu erteilen.

Nach Senator Feingolds Auffassung verletzt die Einrichtung des kürzlich bekannt gewordenen Programms der *National Security Agency* (NSA), das es erlaubt, internationale Telefonate und E-Mails mit einem Teilnehmer in den USA ohne Gerichtsgenehmigungen zu überwachen, die Bestimmungen des *Foreign Intelligence Surveillance Act* (FISA) von 1978.

Feingold wie andere demokratische und republikanische Kritiker des geheimen Überwachungsprogramms der NSA argumentieren, dass FISA genau auf den Fall ausgelegt ist, dass eine schnelle und unbürokratische Überwachung von US-Bürgern und legal in den USA lebenden Ausländern erforderlich erscheint, und hierfür ein flexibles gerichtliches Genehmigungs- und Kontrollverfahren bietet.

Die Administration hält demgegenüber daran fest, dass sie im *Global War on Terror* kriegsrechtsartige Sonderbefugnisse in der Bekämpfung so genannter „feindlicher Kämpfer“ (*enemy combatants*) hat. Zudem werde das Programm mit Blick auf Bürgerrechtsverletzungen kontrolliert und die Spitzen beider Parteien des Congress seien über das Programm informiert worden.

In den Beratungen des Justizausschusses unter Vorsitz von Senator Arlen Specter (R-Pa.) über Feingolds Resolutionsantrag prallten die beiden Seiten mit scharfen rhetorischen Angriffen aufeinander.

Während die Republikaner Feingold vorhalten, mit der Resolution seinen Antritt für die Präsidentschaftsvorwahlen 2008 vorzubereiten, forderten die Demokraten Aufklärung über den augenscheinlichen Rechtsbruch durch die Administration.

Während einige Republikaner wie Arlen Specter oder Senator Lindsay Graham (S.C.) die Vorbehalte gegen das NSA-Programm teilen und eine rechtliche Regelung fordern, sehen sie in Feingolds Antrag einen unbegründeten parteipolitischen Angriff gegen den Präsidenten, der nach ihrer Ansicht in gutem Glauben gehandelt hat.

Andere Republikaner wie Senator John Cornyn (Tx.) gingen noch weiter und hielten Feingold vor, sein politisch motiviertes Spiel beschädige den Präsidenten in Kriegszeiten und begünstige damit den Gegner.

Feingolds Resolutionsentwurf werden im Senat nur geringe Chancen eingeräumt. Selbst unter seinen demokratischen Fraktionskollegen fand er nur die offizielle Unterstützung der Senatoren Barbara Boxer (Cal.) und Tom Harkin (Iowa).

Doch Feingolds Initiative reflektiert den Unmut der Basis der Demokratischen Partei, die den Politikern der eigenen Partei vorhält, zu zahm gegenüber der Bush-Administration aufzutreten, und die in großen Teilen sogar die Erhebung einer Amtsenthebungsanklage („Impeachment“) wegen des Irakkriegs und den vermeintlichen Exzessen in der Terrorbekämpfung für angebracht hält.

Auf der republikanischen Seite sehen dagegen Politiker und führende Aktivisten eine Chance, die zusehends ernüchterte Parteibasis für die kommenden Wahlen zu motivieren, in dem sie das drohende Szenario eines *Impeachment* gegen den Präsidenten herauf beschwören.

Unbeschadet der widersprüchlichen Aussagen der Rechtsexperten beider Seiten vor dem Justizausschuss zeigt die Debatte zudem, dass der unklare Status des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus zwischen regulärem Krieg und normaler Verbrechensbekämpfung noch immer keine sichere Rechtsbasis für die Arbeit der Geheimdienste liefert.





Congress Report, ISSN 0935-7246

Redaktion  
Dr. Söhnke Schreyer  
Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

Beirat  
Prof. Dr. Ernst-Otto Czempel

Druck  
Technische Universität Kaiserslautern  
Postfach 3049  
D-67653 Kaiserslautern

[http://www.uni-kl.de/politik/pubs/congress\\_report](http://www.uni-kl.de/politik/pubs/congress_report)